Bezugspreis für März durch die Post bezogen 2,40 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Ufer der Zeit" (für das Gesellschaftsleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise) wöchentlich.
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr. 2448 2449 und 2450
Geschäftsstelle Münster Prinzipalmarkt 13/14. Fernspr. 78.
Rheine Emsstraße 34a. Fernspr. 670.
Leitung Redaktion: Paul Fr. Hösgen Berlin SW 68. Perl Bedemannstraße 5 Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Blockenartikel u. Vergnügungs-Anzeigen 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familien-Anzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung. Übernommen Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42114 Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt

Sonntag, den 13. März 1927.

76. Jahrgang. Nr. 251

Freiherr von Loe und die deutschen Bauernvereine.

Nichts wäre verfehlter, als wenn diejenigen, die Freunde der deutschen Bauern und der deutschen Bauernvereine sind, die Augen verschließen wollten, vor den Schwierigkeiten, die in den letzten Jahren erstanden sind. Diese Schwierigkeiten, die verschiedenen Ursprungs sind, greifen nicht blos an die Gesamtheit der Vereinigung, wenn deren Existenz auch keineswegs bedroht ist, sie greifen auch an die Kernstücke der Bauernvereine, an die ältesten und stärksten, die auch am festgefügtesten schienen. Im Rheinlande ist es zu einer Loslösung von der Vereinigung und zu einer Isolierung des rheinischen Bauernvereins gekommen und in Westfalen haben die letzten Auseinandersetzungen gezeigt, daß auch hier die alte Gründung des Freiherrn von Schorlemer nicht ohne Schwierigkeiten durch die Fährnisse der Zeit kommt. Man braucht wegen dieser Schwierigkeiten nicht den Mut zu verlieren, über sie müssen überwunden werden und dazu muß man einige Anstrengungen machen. Das erste aber, was unter solchen Umständen geschehen muß, ist, daß die Einigkeit nicht unnütz gestört wird und daß nicht gar persönliche Differenzen in die Oeffentlichkeit getragen werden. Und doch erleben wir dieses Schauspiel gerade jetzt.

Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, der Reichstagsabgeordnete Dr. Crone-Münzebrock sieht sich veranlaßt, auf Angriffe zu antworten, die Freiherr von Loe der Vorsitzende des Rheinischen Bauernvereins gegen ihn im „Rheinischer Bauer" erhoben hat. Dr. Crone erklärt, daß die Angriffe des Freiherrn von Loe gegen ihn nicht neu seien, daß er aber in der Oeffentlichkeit nicht darauf zu antworten habe, weil derartige Auseinandersetzungen nicht im Interesse des deutschen Bauernstandes liegen. Er stelle das Ansehen der Organisation und das Interesse des deutschen Bauernstandes pflichtgemäß höher als persönliche Empfindlichkeit. Wenn er trotzdem auf die Angriffe des Freiherrn von Loe eingehe, so sei er dazu gezwungen, weil sie über jedes Maß hinausgehen.

Man kann diese Stellungnahme nur als verständig bezeichnen und wird anerkennen müssen, daß Freiherr von Loe seine Angriffe in eine Form bekleidet, die ein Schweigen allerdings unverständlich machen würden. Dr. Crone verweist übrigens darauf, daß ähnliche Angriffe in der Ausschußsitzung des Westfälischen Bauernvereins in Münster am 25. Febr 1927 durch Freiherrn von Lüninck-Ostwig und ferner durch Freiherrn von Elverfeld gegen ihn erhoben sind.

Die Angriffe des Freiherrn von Loe richten sich gegen die Betätigung Dr. Crones innerhalb der Organisation und auch gegen seine Person. Von Loe behauptet, Dr. Crone habe eine Reform des Stimmrechtes innerhalb der Vereinigung nach welchem der kleinste Bauernverein ebensoviel Stimmrecht habe, wie der Rheinische Bauernverein, verhindert. Dr. Crone antwortet: Diese Behauptung ist unwahr, schon deshalb unwahr, weil eine solche Verhinderung garnicht inmeiner Macht lag. Denn über diese Frage hat lediglich die Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine zu befinden und diese hat auch darüber Beschlüsse gefaßt.

Die weitere Behauptung des Freiherrn von Loe, Dr. Crone habe in den Randgebieten der größeren Bauernvereine Abplitterungen herbeigeführt, um neue Vereine und damit neue Stimmen zu bekommen, bezeichnet dieser ebenfalls als unwahr. Solche Neugründungen seien durchdie betreffenden älteren Bauernvereine selbst herbeigeführt worden. So habe der Westfälische Bauernverein aus eigenem Antriebe den Emsländischen Bauernverein, den Oldenburger und den Niedersächsischen Bauernverein gegründet. Auch die Abgrenzungen zwischen Rheinischen und Nassauischem Bauernverein hätten nicht in seiner Hand gelegen, sondern in der Hand einer besonderen Kommission in der er überhaupt nicht vertreten gewesen sei.

Dr. Crone äußert sich dann weiter zu dem Vorwurf, er habe eine Einigung zwischen Bauernvereinen und Landbund verhindert. Dr. Crone verweist demgegenüber darauf, daß er bereits im März 1921 in einem Schreiben an den Reichslandbund gesagt habe: „Die Vereinigung der deutschen Bauernvereine, die sich die Aufgabe gestellt hat, eine einheitliche Organisation des gesamten Bauernstandes herbeizuführen, ist mit ihnen der Ansicht, daß alle Kämpfe zwischen den landwirtschaftlichen Organisationen im Interesse des Berufsstandes zu vermeiden sind. Unser Ziel muß sein, eine möglichst einheitliche Interessenvertretung des gesamten Landvolkes herbeizuführen. Von dieser Grundlage ausgehend ist die Vereinigung der deutschen Bauernvereine gern bereit, mit ihnen über diese Frage zu verhandeln."

In den späteren Verhandlungen hat Dr. Crone den Standpunkt eingenommen, daß eine Gebietseinteilung mit dem Reichslandbund anzustreben sei, sodaß jeder sein altes Interessengebiet behält. Die Vereinigung hat übrigens mit den Spitzenorganisationen der deutschen Landwirtschaft eine Einigung erzielt dahingehend, daß im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft in dem die großen Organisationen vertreten sind, über alle wichtigen Fragen eine Aussprache und Verständigung stattfindet. Herr von Loe sagt in seinem Artikel nicht ausdrücklich, daß er eine Verschmelzung der Bauernvereine und des Reichslandbundes wolle, wollte er sie aber, so würden die Bauernvereine und die Freunde der Bauernvereine sich natürlich gegen eine Auflösung wehren. Im übrigen sollte man meinen, daß gerade Freiherr von Loe nicht berufen ist über organisatorische Maßnahmen zu predigen, denn seine organisatorischen Maßnahmen zur Einigung im Rheinlande sich doch ein grandioser Fehlschlag gewesen, der von allen landwirtschaftlichen Organisationen verurteilt wurde, und den Rheinischen Bauernverein isoliert und der Vertretung in der Reichsorganisation beraubt hat.

Herr von Loe beschäftigt sich dann noch mit persönlichen Angelegenheiten des Herrn Dr. Crone und wirft ihm vor, daß er im Aufsichtsrat der Karstadt A.-G. sei. Karstadt A.-G. ist bekanntlich aus der Fusion mit der Firma Althoff in Münster entstanden. Dr. Crone sagt, daß er lediglich in den Aufsichtsrat gekommen sei, weil er durch seine Familie an den Aktienbesitz interessiert ist und in dem Konzern die finanziellen Interessen seiner Familie zu vertreten hat. Das ist natürlich eine Privatsache, die die Oeffentlichkeit nicht zu interessieren braucht. Private Dinge, die keineswegs verboten sind, an die Oeffentlichkeit zu setzen war immer verpönt. Unangenehm ist das aber dann von allen Dingen für Herrn v. Loe, das Herr Dr. Crone auf einen ganz nahe verwandten Fall hinweist, über den von Loe niemals ein Wort verloren hat. Dr. Crone verweist darauf, daß die Firma Althoff s. Zt. unter starker Beteiligung des westdeutschen und schlesischen Großgrundbesitzes entstanden ist und daß sich speziell der katholische Adel stark beteiligt hat, was natürlich sein Recht war. In dem Aufsichtsrat von Theodor Althoff ist lange Jahre, bis zu seinem Tode ein angesehener westfälischer Adeliger vertreten gewesen, der im Westfälischen Bauernverein und in der Vereinigung der deutschen Bauernvereine eine große führende Rolle gespielt hat. Was jenem erlaubt war, muß doch auch Herrn Dr. Crone erlaubt sein und es scheint uns peinlich für Herrn von Loe zu sein, daß er jetzt dem Abgeordneten Crone einen Vorwurf aus Dingen machen will, über die er unter anderen Umständen kein Wort verloren hat.

So wehrt sich Herr Dr. Crone seiner Haut gegen Angriffe, was ihm nicht verdacht werden kann, aber es ist weder ein erfreuliches Schauspiel noch eine nützliche Uebung, was hier vor sich geht. Freiherr von Loe diskreditiert seine Angriffe selbst, indem er sagt, daß er sie in der Vereinigung vorgebracht habe, daß er aber innerhalb eines Jahres keine Entscheidung in seinem Sinne erhalten habe. Der Grund kann doch wohl nur der sein, daß die Vereinigung anders dachte als Herr von Loe und Herr von Loe hätte sich überlegen sollen, ob nicht doch all die andern Bauernvereine recht haben und er unrecht.. Es ist nicht Sache führenden Herren, in eine Zeitungspolemik und Fehde zu verfallen, wenn sie mit ihrer Ansicht in ihren Organisationen nicht durchdringen. Aber Herr von Loe ist zähe und er wird, wie man ihn kennt, seine Angriffe schwerlich einstellen, deshalb sollae die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine möglichst bald sich mit diesem Falle beschäftigen, ihn prüfen und das Notwendige dazu sagen. Ergibt sich dann, woran bei der Sachlage nicht zu zweifeln ist, daß ein Grund zu Angriffen gegen Herrn Dr. Crone nicht vorliegt, dann sollte sie mit aller Deutlichkeit Herrn von Loe sagen, daß er mit seinen persönlichen Angriffen die Interessen wichtiger bäuerlicher Organisationen und damit den Bauern selbst schadet und sollte ihn mit aller Deutlichkeit in seine Schranken ihn kennt. seine Angriffe schwerlich einstellen, deshalb sollte die mit den besten Dienst.

Die letzten Sitzungen in Genf.

Einigung in der oberschlesischen Schulfrage. — Das Saarkompromiß gescheitert.

Die Beratungen der deutschen Delegation

vdz **Genf**, 12. März. (Tel.) Die Beratungen innerhalb der deutschen Delegation, die abend ½12 Uhr begannen, haben bis in die späten Stunden der vergangenen Nacht angedauert. Das dabei festgelegte Programm für das deutsche Vorgehen in der heutigen, vermutlich letzten Sitzung dieser Ratstagung, wird bestimmt durch den Umstand, daß in der Frage des Bahnschutzes für das Saargebiet neue Kompromiß-Vorschläge nicht zustande gekommen sind, demgemäß wird es in der heutigen Sitzung nicht zur Empfehlung eines bestimmten Beschlusses durch den Berichterstatter Scialoja kommen. Es wird vielmehr der Mehrheitsvorschlag der Regierungs-Kommission des Sargebiete der Beschlußfassung des Rates unterworfen werden, und es ist anzunehmen, daß dieser Vorschlag auf Grund der gegebenen Gruppierung im Rat, in dem eine ganze Reihe nicht interessierter, aber auch in dieser Frage nicht sachverständiger Mächte vertreten sind, durch Mehrheitsbeschluß angenommen wird. In der zweifellos vorhergehenden Diskussion wird Reichsminister Dr. Stresemann eine längere Erklärung abgeben, in der er den deutschen Rechtsstandpunkt und die beabsichtigten deutschen Zugeständnisse, die unbeschadet dieses Standpunktes im Interesse der Verständigung formuliert worden sind, darlegen wird. Er wird dabei an den Völkerbund appellieren, seinerseits diese deutschen Verständigungsbemühungen durch die Art seiner Beschlüsse zu unterstützen, indem er darauf hinweist, daß das Saargebiet dem Völkerbundsrat, und nur diesem, untersteht. Gegenerklärungen von französischer Seite werden folgen und die wahrscheinliche Konsequenz einer Überstimmung Deutschlands wird hier, vor allem in Völkerbundskreisen, als eine recht wenig erwünschte empfunden, da sie geeignet sei, dem Völkerbundsgedanken in Deutschland, aber auch anderswo, Abbruch zu tun.

In der oberschlesischen Schulfrage dürfte es hingegen zu einer Verständigung kommen auf der Basis, daß die endgültige Entscheidung über den Schulbesuch, bei dem Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien, dem Schweizer Altbundesrat Calonder, liegen wird, an den die Lokalbehörden in Zweifelsfällen berichten müssen. Auch in Fällen, wo Kinder die Zweisprachigkeit besitzen, soll der Besuch der deutschen Minderheitsschule zulässig sein, falls Calonder die Zweckmäßigkeit bescheinigt. Ob die Vormittagssitzung als deren letzter Punkt die Saarfrage auf der Tagesordnung steht, den Abschluß der Tagung zu bringen vermag, steht bei der Fülle des Stoffes und der Möglichkeit von längeren Auseinandersetzungen noch nicht fest.

Die Regelung der zivilen deutschen Luftschiffahrt wird voraussichtlich in der heutigen Sitzung nicht behandelt, sondern vertagt werden. Die Delegationen stehen auf dem Standpunkt, daß es nicht eine politische Frage, sondern ein Streit ist, der zunächst zwischen der deutschen Regierung und dem Generalsekretär des Völkerbundes auszufechten sei.

Der Völkerbundsrat stimmt der Einigung in der oberschlesischen Schulfrage zu

tu **Genf**, 12. März. (Tel.) Der Völkerbundsrat hat in seiner heutigen Vormittagssitzung zu dem Protest des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien gegen die Schulentscheidung der polnischen Regierung die Einführung einer Kontrolle in Oberschlesien für die Fälle beschlossen, in denen der Besuch der Minderheitenschule zweifelhaft ist. Diese Kontrolle wird dem Präsidenten der gemischten Kommission in Oberschlesien übertragen, der sie gemeinsam mit einem ihm beigeordneten schweizer Sachverständigen ausübt. Der schweizer Sachverständige wird vom Völkerbund ernannt. Die Kosten des Sachverständigen hat die polnische Regierung zu tragen. Diese Kontrolle bezieht sich auch auf den Schulbesuch derjenigen Kinder, die die polnische Sprache sprechen, deren Eltern aber den Besuch der Minderheitenschule beantragen. Diese Regelung bedeutet jedoch lediglich eine Ausnahmemaßnahme in Anbetracht der gegenwärtigen Situation, die in der Minderheitenkonvention von 1920 nicht vorgesehen ist. In keiner Weise werden aber hindurch die Bestimmungen der Minderheitskonvention von 1922 berührt.

*

Die heute vormittag auf ½11 Uhr angesetzte Sitzung des Völkerbundsrates begann wegen des Ausbleibens des chinesischen Delegierten Tschu erst um 11 Uhr. Der Rat erledigte zunächst einige kleinere Punkte und trat sodann in die Prüfung der oberschlesischen Schulfrage ein. Im Anschluß an den Bericht der Dreierkommission ergriff Dr. Stresemann das Wort. Er drückte zunächst der Unterkommission den Dank der deutschen Regierung für ihre Tätigkeit aus und betonte, daß die deutsche Regierung diesem Bericht zustimme, obwohl er die Rechtsfrage offen lasse. Der Artikel 131 der Minderheits-Kommission bestimme eindeutig, daß die Erklärungen der Eltern über den Schulbesuch ihrer Kinder in vollem Umfange anerkannt werden müßten. Es könne rechtlich kein Zweifel darüber bestehen, daß auch den Kindern, die ausschließlich die polnische Sprache beherrschen, der Zutritt zu den deutschen Schulen gewährt werden müsse. Der Grundsatz der ausschließlichen Entscheidung der Eltern über den Schulbesuch ihrer Kinder müsse unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Die polnische Regierung habe in einer Note vom 19. Juni 1921 dem deutschen Standpunkt voll Rechnung getragen. Die Entscheidung des Präsidenten Calonder habe eindeutig die Rechtslage klargestellt. Die deutsche Regierung stimme dem Vorschlage aus dem Wunsche heraus zu, eine Abstellung des gegenwärtigen Notstandes in Oberschlesien so schnell wie möglich herbeizuführen. Sie hätte jedoch ihre Zustimmung nicht erteilen können, wenn durch diese Regelung in irgendeiner Weise die Rechtslage für die Zukunft in Frage gestellt werde.

Anschließend ergriff der polnische Außenminister Zaleski das Wort. Auch er erklärte sich mit dem Bericht einverstanden und begründete den Standpunkt der polnischen Regierung mit dem Hinweis auf die Rede eines preußischen Abgeordneten im preußischen Landtage vom 7. März 1923, bei einer Debatte über den Besuch der dänischen Minderheitenschulen in Holstein. Dort habe der preußische Ministerpräsident Braun einen ähnlichen Standpunkt eingenommen, wie ihn gegenwärtig die polnische Regierung vertrete. Die polnische Regierung habe in Oberschlesien lediglich Ausnahmemaßnahmen ergriffen, um gewisse Mißbräuche abzustellen.

Darauf ergriff Dr. Stresemann nochmals das Wort und betonte, er freue sich, feststellen zu können, daß die Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen nunmehr soweit gehe, daß der polnische Außenminister seinen Standpunkt mit Ausführungen im preußischen Landtag begründete. Es handele sich jedoch um eine Rechtslage, die gegenwärtig inaernational umstritten sei. Zum Schluß betonte Dr. Stresemann die großen Verdienste des Minderheitendirektors des Völkerbundes, Colban, und seiner Mitarbeiter. Es habe sich hier um ein außerordentlich schwerwiegendes und ernstes Problem gehandelt, da die Grenzziehung zwischen den verschiedenen Kategorien von Kindern, die die Minderheitenschulen besuchen könnten, große Schwierigkeiten bereitet habe und zu ernsten Verwickelungen hätte führen können. Nunmehr sei eine Lösung gefunden, die die Zustimmung aller Beteiligten gefunden habe.

Der Bericht der Dreierkommission wurde dann, wie bereits gemeldet, ohne jede Debatte einstimmig vom Völkerbundsrat angenommen.

Die Saarfrage. — Unterbrechung der Sitzung.

Alsdann befaßte sich der Rat mit der Frage der Einrichtung des Bahnschutzes im Saargebiet, wobei zunächst Scialoja seinen Bericht verliest, der jedoch, wie erwartet, keinen Entschließungsentwurf enthält. Nachdem begründet der Präsident der Saarregierungs-Kommission Stephen den bekannten Kompromißvorschlag und legte in wirksamer Weise die Gründe dar, die die Annahme dieses Kompromisses als empfehlenswert erscheinen lassen.

Hierauf ergriff der deutsche Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort zu einem längeren Exposé in dem er eingehend den Standpunkt der deutschen Regierung in der Saarfrage präzisierte. Er faßte die deutschen Forderungen in folgende vier Punkte zusammen:

1. Festsetzung eines festen Termins für den Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet.
2. Die Stärke des im Bericht der Saarregierung vorgeschlagenen internationalen Eisenbahnschutzkorps soll auf einige hundert Mann festgesetzt werden.
3. Diese Formation darf nicht einen interalliierten, sondern muß einen ausschließlich internationalen Charakter tragen.
4. Das Eisenbahnschutzkorps darf nur unter außerordentlichen Umständen Funktionen gegenüber der zivilen Bevölkerung ausüben.

Dr. Stresemann beantragte, diese vier Forderungen als Grundlage für die im Anschluß stattfindende Diskussion über den Bericht der Regierungs-Kommission in der Saarfrage zu stellen.

Nach den Ausführungen Dr. Stresemanns wurde die Sitzung unterbrochen. Die nächste Sitzung findet nachmittags ½4 Uhr statt.

De Broucquere über die Abrüstungskonferenz.

b **Berlin**, 12. März. Der belgische Völkerbundsdelegierte De Broucquere, der gleichzeitig Mitglied der vorbereitenden Abrüstungskommission äußerte sich am Freitag dem Sonderberichterstatter der Tägl. Rundschau in Genf gegenüber über die Aussichten der Abrüstungskonferenz. Er erklärte u. a., daß die Abrüstungskommission bei der allgemeinen Atmosphäre des Argwohns wohl nur zu einem sehrbundedeutenden Ergebnis gelangen werde. Sollte die Auffindung das Basis für eine allgemeine Abrüstung nicht gelingen, so sei das Abrüstungswerk auf lange Jahre hinaus gefährdet. Das allgemeine Mißtrauen sei so groß geworden, daß stärker denn je von den Staaten das Prinzip vertreten werde: „Abrüstung nur nach Maßgabe der Sicherungen". Es brauche nur einen geringen Anlaß — irgendwelche neue Zwischenfälle in der Art der Enthüllungen über die Reichswehr (!) — damit der Abrüstungsgedanke überhaupt scheitere und das Wettrüsten neu einsetze.

Zur Saarfrage sagte de Broucquere, daß Belgien an dieser Frage kein besonders Interesse habe. Lambert fungiere in der Kommission lediglich als Beauftragter des Bundes. Belgischerseits lege man großen Wert auf diese Feststellung und Vandervelde werde am Samstag eine Erklärung in diesem Sinne abgeben. Entscheidend könne die Saarfrage erst bei Auftollung des Räumungsproblems in Angriff genommen werden.

Zu der oberschlesischen Schulfrage bemerkte der belgische Delegierte, daß das gute Recht Deutschlands völlig außer Zweifel steht.

Die deutschen Studenten der Universität bei Dr. Stresemann.

w **Genf**, 11. März. Reichsaußenminister Dr. Stresemann sprach heute abend mit den in seinem Hotel zu Gaste weilenden deutschen Studenten der Universität Genf. Er dankte ihnen für den herzlichen Empfang, den sie ihm bereitet hatten und legte ihnen in warmen Worten die Vorzüge und Pflichten dar, die sich aus der akademischen Bildung im allgemeinen und aus den Genfer Bildungseinrichtungen im besonderen ergeben.

An dem Diner, das gestern abend Generalkonsul Aschmann Minister Dr. Stresemann gab, nahm auch der frühere Präsident des deutsch-französischen Schiedsgerichtes im Versorgungsfragen, Mailliard, teil, der heute durch Generalkonsul Aschmann im Auftrage des Präsidenten des deutschen Roten Kreuzes das Verdienstkreuz erster Klasse des Roten Kreuzes erhalten hat.

Zaleski über Polens Beziehungen zu Sowjetrußland.

b **Berlin**, 12. März. In einer Unterredung mit dem Genfer Vertreter der „Täglichen Rundschau" erklärte der polnische Minister des Äußern, Zaleski, daß niemals ein Schritt Englands, Polen für eine antirussische Politik zu gewinnen, unternommen worden sei. Der englischen Regierung sei der Wunsch Polens, mit Rußland im Frieden zu leben, sehr wohl bekannt, und sie billige ihn. Über die Furcht vor dem Bolschewismus sagte Zaleski: Man sieht die bolschewistische Gefahr heute in Europa viel durch ein Vergrößerungsglas.

Besuch Masaryks im Völkerbundssekretariat.

tu **Genf**, 12. März. (Tel.) Der tschechoslowakische Präsident Masaryk hat heute nachmittag dem Völkerbundssekretariat einen Besuch abgestattet. Er wurde vom Generalsekretär, Sir Eric Drummond, sowie sämtlichen höheren Beamten empfangen. In einer kurzen Ansprache betonte Sir Eric Drummond auf ausdrücklichen Wunsch des tschechoslovakischen Staatspräsidenten empfange er ihn nicht mit den für Staatsoberhäupten üblichen Zeremoniell, begrüßte ihn jedoch im Namen des Völkerbundes. Masaryk dankte und erklärte, es habe ihn besonders interessiert, gegenwärtig in Genf die praktischen Arbeiten des Völkerbundes kennenzulernen, da er mit den großen Idealen und Zielen des Völkerbundes sehr vertraut sei. Unter Führung des stellvertretenden Generalsekretärs Avenol fand darauf eine Besichtigung des Völkerbundsrates statt.

Die polnische Frage und Frankreich.

(Von unserem Pariser Berichterstatter.)

f **Paris**, 10. März.

Die in den letzten Tagen aufgetauchten, später wieder berichtigten Gerüchte eines englisch-polnischen Abkommens mit der Spitze gegen Rußland, haben in Frankreich lebhafte Beunruhigung, wenn nicht Besorgnis erweckt, und die polnische Frage, die ohnehin schon wegen der deutsch-polnischen Gegensätze und der Bemühungen zu ihrer Ausgleichung im Mittelpunkt des Interesses steht, aktuell gemacht. Sie hat sich im Laufe der Jahre zu einem recht hindernden und erschwerenden Problem für Frankreich ausgewachsen und es ist noch in frischer Erinnerung, wie der Übereifer und die allzu große Nervosität Polens und seines derzeitigen Außenministers anläßlich der Völkerbundskrise, die sich über der Frage der Zulassung Deutschlands entwickelt hatte, selbst in Paris verstimmte und zum ersten Male Gefühle aufkommen ließ, die keineswegs polenfreundlich waren. Es ist damals in Frankreich ein sehr scharfer und sehr bedeutsamer Unterschied zwischen dem polnischen und dem tschechischen Verbündeten gezogen worden, und je aufgeregter und unbesonnener sich der erstere zeigte, desto mehr wurde die Zurückhaltung des letzteren gelobt. Seitdem haben sich die Beziehungen wieder freundlicher gestaltet, aber trotz aller amtlichen Beteuerungen der unverbrüchlichen Freundschaft der beiden Länder ist doch das Verhältnis längst nicht mehr das gleiche und warme wie vor einigen Jahren.

Infolgedessen hat der deutsch-poln. Gegensatz in Frankreich nicht mehr das blinde Echo polnischer Ansprüche gefunden, wie es früher selbstverständlich gewesen ist. Die ganze Veränderung der Lage geht schon daraus hervor, daß heute Briand als Vermittler zwischen Deutschland und Polen wirkt, und daß ein französischer Außenminister nicht mehr, wie es ehemals selbstverständlich gewesen ist, als Verbündeter Polens dessen Stellung unerschütterlich gegen Deutschland verteidigte. Die Vermittlertätigkeit Briands wird selbst von französischen Rechtskreisen kaum mehr angegriffen eine Vermittlertätigkeit besagt aber durch die Wortbezeichnung, daß von beiden Seiten Nachgiebigkeit gefordert wird. Langsam hat sich die Grundlage des französisch-polnischen Bündnisses verschoben, sein ehemaliger rein militärischer Charakter ist im Schwinden begriffen, und es ist eine der großen Fragen französischer Außenpolitik, dieser Verbindung neue und den veränderten Verhältnissen angepaßte Züge aufzudrücken. In ganz entschiedenen Linkskreisen Frankreichs wird bereits gefordert, daß aus der unfruchtbaren und rein negativen Stellung Frankreichs zu einer positiven und schöpferischen übergegangen wird. Mit anderen Worten: daß nicht immer daran gedackt werden soll, was aus ihm gegen Deutschland, sondern für den europäischen Frieden herausgeholt werden kann.

Daß eine solche Veränderung in den unentwegten polnischen Kreisen, deren Führer Skrynski ist, lebhaften Widerstand hervorruft, ist nicht weiter erstaunlich. Wenn dieser Widerstand aber so weit gehen sollte, Polen in einer mehr oder weniger bestimmten oder verhüllten Form England zu nähern, mit dem Preis eines Eintritts Polens in den englischen Block gegen Rußland, so kann mit Sicherheit gesagt werden, daß solche Politik sehr ernste Folgen für Polen in Frankreich haben würde. Frankreichs Politik ist nicht mehr ausgesprochen russenfeindlich. Der engl. Gedanke eines großen Blocks gegen Rußland, wird in Frankreich nicht mehr für durchführbar und nicht einmal mehr für zweckdienlich gehalten. Die kommunistische Gefahr besteht in Frankreich kaum, denn die französischen Kommunisten sind sehr wenig zahlreich und sehr schwach, und sind außerdem bei weitem nicht so radikal, wie die Kommunisten anderer Länder, entsprechend dem französischen Volkscharakter, der noch immer der des Bourgeois und nicht des Revolutionärs ist. Eine ernsthafte Gefahr für die Ruhe im Innern stellen die französischen Kommunisten nicht dar. Hinzukommt, daß Frankreich noch immer hofft, in dieser oder jener Form eine Zahlung der Vorkriegsschulden Rußlands zu erreichen. Man muß in Frankreich mit kleinen, heute ruinierten Rentnern, deren Ersparnisse in russischen Anleihen angelegt waren, gesprochen haben, um diese Hoffnung zu begreifen. Keine französische Regierung wird durch ein Umschwenken in eine rußlandfeindliche Haltung zugunsten Englands diese, wenn auch geringe Hoffnung vernichten wollen. Endlich bestehen zwischen Frankreich und England eine Reihe politischer Gegensätze, — Beschränkung des Unterseeboot-Baues, das syrische Mandat, Mittelmeerpolitik im Hinblick auf Italien usw. — die zwar nicht gerade Konflikte sind, aber doch vorhanden sind und gelegentlich in Frankreich mit großer Schärfe betont werden. Wenn also Polen Neigung zeigen sollte, sich diesem England in die Arme zu werfen, so wird es einen guten Teil der Sympathien in Frankreich verlieren, wenn nicht eine Änderung der französischen Außenpolitik herbeiführen.

Die deutschen Forderungen auf Beseitigung des polnischen Korridors, der besseren Behandlung der deutschen Minderheiten in Polen und anderes, werden zwar von der französischen Amtspolitik nicht gerade unterstützt, was auch nicht zu erwarten ist, aber unverkennbar ist in Frankreich eine Stimmung im Wachsen, die sich gegen den unentwegten polnischen Standpunkt wendet, und von Polen Nachgiebigkeit fordert. Früher war alles, was Polen forderte und alles, was ihm der Versailler Vertrag gegeben hatte, gut und berechtigt. Heute erörtert man schon die Möglichkeiten einer Verständigung und bemüht sich Briand zu vermitteln. Das ist gewiß ein Fortschritt, vielleicht noch kein großer, aber doch ein Schritt vorwärts. Hoffen wir, daß er von anderen gefolgt wird.

Die Pariser Presse zu den Genfer Saarverhandlungen

tu **Paris**, 12., März. (Tel.) Zu den Genfer Saarverhandlungen meint heute der „Matin", Dr. Stresemann, der ursprünglich zum Nachgeben geneigt gewesen sei, zeige sich jetzt infolge des von Berlin auf ihn ausgeübten Druckes hartnäckig. Der Gegenstand des Preises sei nicht wert, daß durch die vom Völkerbunde heute zu fällende Entscheidung die Genfer Institution in Deutschland unpopulär werde. Wenn auch die Sache an sich ziemlich geringfügig sei, so sei doch das Problem der deutsch-französischen Annäherung wichtig genug, aufmerksam auf alle Hindernisse zu achten, die sich seiner glücklichen Lösung entgegenstellten. Dem Einwand, daß Briand, wenn man der Saarfrage so wenig Bedeutung beimesse, dem Reichsaußenminister einen kleinen diplomatischen Erfolg verschaffen könne, begegnet der Matin mit dem Hinweis, daß in der Politik einmal nicht keinmal sei. Die gegenwärtige Meinungsverschiedenheit komme einem Prinzip gleich, das die Zukunft finde.

Pertinax mißt im „Echo de Paris" der Saarfrage eine dreifache Bedeutung für den deutsch-französischen Interessenstreit bei. Die Saar beherrsche weitgehend die Verbindung der Rheinarmee. Wenn man die Regierungs-Kommission zerstöre oder von ihrer natürlichen Rolle ablenke, so würden die an den Brückenköpfen stehenden Armeen beunruhigt werden. Andererseits stelle das Saarland eine wichtige Eroberung für den französischen Handel dar.

Das „Journal" veröffentlicht einen Bericht seines Berliner Korrespondenten über den Eindruck, den die Genfer Saarverhandlungen in Berliner politischen Kreisen ausgelöst haben. Der Bericht weist besonders auf die deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten hin und sagt weiter, in ausländischen diplomatischen Kreisen habe man das Gefühl, daß die Anwesenheit einer Saardelegation in Genf, die sich wenig versöhnlich zeige, nicht dazu angetan sei, die Dinge ins Reine zu bringen. Diese Delegation sei der Meinung, daß Saarbrücken das Zentrum der Welt sei, und übe auf Dr. Stresemann einen Druck aus.

Die Beschwerde Vanderveldes unbegründet.

+ **Berlin, 12. März.** Zu dem Brief Vanderveldes an Dr. Stresemann, in dem der belgische Außenminister die Begnadigung der wegen Ermordung des belgischen Leutnants Graff verurteilten deutschen Polizeibeamten bedauert, wird halbamtlich mitgeteilt, daß der in der belgischen Note gegen das Verhalten der deutschen Regierung erhobene Vorwurf nicht begründet ist. Die Umwandlung der vom Schwurgerichtshof in Stettin über die beiden deutschen Polizeibeamten verhängten Todesstrafe in eine zehnjährige Gefängnisstrafe entspricht der in derartigen Fällen befolgten Gnadenpraxis der deutschen Justiz und wird in der Tat für eine angemessene Sühne angesehen werden müssen. Die Verpflichtung, die die deutsche Regierung der belgischen Regierung gegenüber übernommen hat, ist daher in jeder Beziehung eingehalten worden. Die belgische Note wird entsprechend beantwortet werden.

Die Errichtung von Arbeitsgerichten und Landesarbeitsgerichten.

Der preußische Handelsminister übersandte kürzlich den nachgeordneten Behörden einen vom Justizminister im Einvernehmen mit ihm an den Kammergerichtspräsidenten in Berlin und die Oberlandesgerichtspräsidenten gerichteten Erlaß vom 3. Februar d. Js. mit dem Ersuchen, bei der Errichtung der Arbeitsgerichte und der Landesarbeitsgerichte gemäß dem Erlaß mitzuwirken. Mit dem Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes fallen die bisherigen Berggewerbegerichte fort; sie gehen in den künftigen Arbeitsgerichten auf. Aus dem Erlaß des Preußischen Justizministers teil der Amtliche Preußische Pressedienst folgendes mit:

Das Arbeitsgerichtsgesetz überträgt die Errichtung der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte der Landesjustizverwaltung, die im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde für die Sozialverwaltung zu entscheiden hat; in Preußen ist der Handelsminister für die Sozialverwaltung bestimmt worden. Die Arbeitsgerichte sind als selbständige Gerichte regelmäßig für den Bezirk eines Amtsgerichts zu errichten, ohne daß diese Vorschrift zur Schaffung unzweckmäßig kleiner Arbeitsgerichtsbezirke führen darf. Das vom Gesetz erstrebte Ziel einer schleunigen, sachgemäßen und sozialgerechten Rechtsprechung in Arbeitssachen wird sich nur erreichen lassen, wenn der Vorsitzende und die Beisitzer öfter praktisch Gelegenheit haben, sich mit ihrem Aufgabenkreis eingehend vertraut zu machen und die zum vertrauensvollen Zusammenarbeiten nötige Fühlungnahme miteinander zu gewinnen. Das Gesetz macht es zur Pflicht, zu Vorsitzenden der Arbeitsgerichte nur Personen zu bestellen, „die auf arbeitsrechtlichem und sozialem Gebiet Kenntnisse und Erfahrungen besitzen", unter besonderer Berücksichtigung der im Schlichtungswesen tätigen oder tätig gewesenen Richter. — Bei jedem Arbeitsgericht sind regelmäßig eine Kammer für Streitigkeiten der Arbeiter, eine Kammer für Streitigkeiten der Angestellten und eine Fachkammer für Streitigkeiten des Handwerks zu errichten. Für die Streitigkeiten bestimmter Berufe und Gewerbe und bestimmter Gruppen von Arbeitern oder Angestellten können Fachkammern errichtet werden; jedoch muß ihre Bildung — abgesehen von den zwingend vorgeschriebenen Handwerksgerichten — auf die Fälle beschränkt werden, in denen ein besonderes Bedürfnis vorliegt.

Die Gehaltsansprüche des Generals von Lüttwitz.

w **Berlin, 11. März.** Vor dem Zivilsenat des Kammergerichts fand heute die Berufungsverhandlung in dem Prozeß des Generals v. Lüttwitz und des Majors v. Bischoff gegen den Reichsfiskus auf Zahlung bzw. Aufwertung ihres Gnadengehaltes statt. Beide behaupten, daß sie pensioniert seien und daß sie Anspruch auf Zahlung des Gehalts vom 1. April bis 1. Juli 1920 mit 50 Proz. Aufwertung nebst Zinsen hätten. Das Landgericht hatte die Ansprüche der beiden Offiziere für begründet erachtet. In der heutigen Berufungsverhandlung betonte der Vertreter des Reichswehrsministeriums, daß der Reichsfiskus bei seinen im ersten Verfahren erhobenen Einwendungen gegen die Klage bleibe. Das Reichswehrsministerium mache auch Kompensationsansprüche geltend, weil General v. Lüttwitz sich durch Verfügung vom 14. März 1920 die Stellung eines Reichswehrministers angemaßt und in dieser Eigenschaft den Angehörigen der Reichswehr gewisse Bezüge versprochen hatte, die zum Teil ausgezahlt wurden. Der Vertreter des General v. Lüttwitz und des Majors Bischoff, Rechtsanwalt Dr. Horn, machte zunächst geltend, daß Major Bischoff sich überhaupt nicht am Kapp-Putsch beteiligt habe. Erst durch die am 29. März 1920 ergangene Verfügung des Reichspräsidenten sei v. Lüttwitz entlassen worden, die den General aber erst im April erreicht haben soll. Bei dieser Gelegenheit machte der Anwalt von den Umständen des Weganges Lüttwitz von Berlin Mitteilung. Der General sei am 17. März 1920 mit Wissen der bürgerlichen Parteien und ausgerüstet mit einem Ausweis, der auf den Namen eines Geheimrats lautete, in Begleitung eines Offiziers der Kommandantur Berlin auf ein Gut des Fürsten Lynar bei Angermünde gefahren, habe sich hier bis zum April der Reichsregierung zur Verfügung gehalten und sich dann ins Ausland begeben. Demgegenüber bestritt der Vertreter des Reichsfiskus, Rechtsanwalt Wilke, daß die Reichsregierung von diesem Aufenthalt des Generals v. Lüttwitz etwas gewußt habe. Rechtsanwalt Dr. Horn bemerkte dann weiter, daß, wenn Lüttwitz die Verfügung des Reichspräsidenten Ebert erst im April 1920 erhalten habe, seine Gehaltsansprüche berechtigt seien. Im übrigen habe es sich bei seiner Entlassung nicht um eine Einzelverfügung des Reichspräsidenten, sondern um eine Verabschiedung zusammen mit zahlreichen anderen Offizieren gemäß den Bestimmungen des Offiziersentschädigungsgesetzes gehandelt. — Die Entscheidung des Kammergerichts wird in einem besonderen Termin verkündet werden.

Dr. Walter Heide (Hannover), der bisher in der Reichszentrale für Heimatdienst an leitender Stelle tätig war, wurde als Referent in die Presseabteilung der Reichsregierung berufen.

Deutscher Reichstag.

pd **Berlin, 12. März.** (Tel.)

Vizepräsident Dr. Richter eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt

Abg. Karsten (Soz.) die sofortige Behandlung eines sozialdemokratischen Antrages auf Erhöhung der Renten aus der Invaliden-Versicherung.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, daß die Reichsregierung für die Verbesserung der Bezüge der Invaliden- und Hinterbliebenen eintritt. Die Reichsregierung sei bereit, einen Teil der Neuaufwendungen auf die Reichskasse zu übernehmen. Es solle für die Invaliden und Hinterbliebenen eine neue Gesamtlast von 120 Millionen jährlich ausgegeben werden. Davon würde das Reich den dritten Teil tragen. Diese Vorschläge der Reichsregierung seien eine brauchbare Grundlage für die Verhandlungen im Ausschuß.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) bezeichnet die Vorschläge der Regierung als unzureichend, widerspricht aber der sofortigen Behandlung des sozialdemokratischen Antrages, der damit erledigt ist.

Die zweite Lesung des Haushaltes des Reichsarbeitsministeriums wird dann beim

Wohnungs- und Siedlungswesen

fortgesetzt.

Abg. Bäll (Dem.) erklärt sich als Gegner der Wohnungszwangswirtschaft. Der Übergang zur freien Wirtschaft müsse aber möglichst vorsichtig erfolgen. Die Hausbesitzer hätten in der Inflationszeit schwere Verluste erlitten. 45 Prozent des Hausbesitzes sollen in den Besitz von Ausländern gekommen sein. Der Redner fordert ein Wohnungsreform- und Bodenreformgesetz. Die Schuld an den jetzigen Zuständen trage nur die Wirtschaftspartei. (Unruhe bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.) Der Redner schildert die schwierige Lage der gewerblichen Mieter nach der Verordnung des preußischen Wohlfahrtsministers und fordert die Einrichtung von Schiedsstellen.

Abg. Hüttemann (Soz.) glaubt nicht, daß die private Bautätigkeit die Wohnungsnot beheben könne. 1913 seien 4,24 Prozent an neuen Wohnungen geschaffen worden, jetzt seien es jährlich nur 1,65 Prozent. Den Ländern sollte nachdrücklichst empfohlen werden, mit der Bautätigkeit jetzt schon zu beginnen. Vor einer Mietserhöhung müsse eine Lohnerhöhung erfolgen. Bis 1928 dürfe keine Mietserhöhung eintreten, und die Hirtsiefer-Verordnung müsse unbedingt zurückgezogen werden.

Berichterstatter Abg. Paetz (DN.) ersucht namens des Ausschusses um Ablehnung der Anträge zur Änderung der Mietsgesetzgebung. Man solle statt dessen in das Mieterschutzgesetz eine Bestimmung einfügen, die Geldstrafe oder Gefängnis androht, für Mietsforderungen für von der Zwangswirtschaft befreite Räume, sofern die Miete den von der Landesregierung festgesetzten Hundertsatz übersteigt.

Abg. Wünnefeld (DV.) erklärt, seine Partei sei von jeher Gegner der Wohnungszwangswirtschaft gewesen. Die Hausbesitzer befänden sich ebenso in einer Notlage, wie die Mieter. Die Deutsche Volkspartei bekämpfe jede übermäßige Mietsforderung; heute habe man das auszubaden, was die Sozialdemokraten eingebrockt hätten. (Lärmende Zwischenrufe links.) Die private Bautätigkeit müsse ebenso mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, wie die Fürsorgegesellschaft. Die Einnahmen aus der Hauszinssteuer sollten auch den Privaten zugute kommen.

Ministerialdirektor Conze vom preußischen Wohlfahrts-Ministerium äußerte Bedenken gegen den Ausschußantrag, mit Geldstrafe oder Gefängnis gegen ein Überschreiten des von der Landesbehörde festgesetzten Prozentsatzes der Friedensmiete vorzugehen. Es sei unmöglich, einen solchen Prozentsatz festzusetzen, der für alle Verhältnisse im ganzen Lande gelten solle. Ein solcher Höchstsatz würde überdies einen Anreiz bieten, immer bis zu diesem Höchstsatz die Miete zu steigern.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bezeichnet den Wohnungsbau als eine wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit ersten Ranges. Die Zwangswirtschaft sei auf die Dauer unhaltbar, und die Neubaukosten müßten unbedingt gesenkt werden. Voraussetzung zur Erfüllung dieser Forderungen sei die stärkere Beteiligung des Privatkapitals am Neubau. Voraussetzung zur Heranziehung des Privatkapitals zum Wohnungsbau sei wiederum die schrittweise Annäherung der gesetzlichen Miete an die wirtschaftlich tragbare Miete. Härten seien natürlich nicht ganz zu vermeiden. Die Zeit für eine Mietssteigerung sei heute günstiger als im vergangenen Jahre, da die Löhne eine steigende Tendenz hätten. Der Reichsarbeitsminister könne die preußische Verordnung über die Freigabe der gewerblichen Räume nicht aufheben, da es sich um eine Sache der Länder handele. Das Ministerium werde jeden Wucher bekämpfen, im Sinne der Ausführungen des Ministerialdirektors Conze und es werde die Anrufung von Schiedsstellen vorschreiben.

(Die Sitzung dauert fort.)

Deutsches Reich.

Die Gefahr eines Rhein-Scheide-Kanals.

b **Berlin, 12. März.** Wie der „Lokalanzeiger" aus parlamentarischen Kreisen hört, wird sich der Auswärtige Ausschuß des Reichstages vermutlich in der nächsten Zeit in einer Sitzung mit Fragen beschäftigen, die mit dem Bau des Rhein-Scheide-Kanals in Verbindung stehen.

Abnahme der Erwerbslosenziffer.

tu **Berlin, 12. März.** (Tel.) Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge zeigt in der zweiten Februarhälfte einen weiteren Rückgang um rund 65 000 gleich 3,7 Prozent.

Dem Preußischen Landtage ist ein gemeinsamer Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Wirtschaftspartei, der Völkischen und Kommunisten zugegangen, in dem das Staatsministerium ersucht wird, zur Verminderung der Erwerbslosigkeit einen Teil der im Haushaltsplan 1927 vorgesehenen Mittel für öffentliche Bauten schon jetzt zur Verfügung zu stellen.

Das Arbeitszeitnotgesetz.

b **Berlin, 12. März.** Die Verhandlungen über die notgesetzliche Regelung der Arbeitszeit sind gestern zwischen den Regierungsfraktionen wieder aufgenommen worden. Die Vertreter der deutschen Volkspartei stehen, laut Täglicher Rundschau, nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein Verzicht auf die freiwillige Mehrarbeit von den Fraktionen nicht ausgesprochen werden könne. Ebenso unmöglich erscheint der Fraktion die gesetzliche Festlegung eines schematischen Zuschlages von 25 Prozent auf jede Mehrstunde über den Achtstundentag hinaus.

Kein Aufwertungs-Volksbegehren.

b **Berlin, 12. März.** Das Reichskabinett ist, wie das Berliner Tageblatt erfahren haben will, entschlossen, das „Gesetz zur Wiederherstellung des Volksvermögens", das von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungsgeschädigten und Mieterorganisationen eingeleitet worden ist, nicht zum Gegenstand eines Volksbegehrens machen zu lassen. Der Kabinettsbeschluß wird gefaßt werden, sobald der Reichsjustizminister Hergt die noch ausstehende juristische Begründung dieses Entschlusses fertiggestellt haben wird.

Das Subventionsgesuch der Mologa vor dem Reichskabinett.

tu **Berlin, 12. März.** (Tel.) Das Reichskabinett befaßte sich in seiner Sitzung am Freitag mit laufenden Angelegenheiten, u. a. mit dem Subventionsgesuch der Mologa. Eine Entscheidung wurde noch nicht getroffen. Es besteht grundsätzlich Geneigtheit, die gewünschte Subvention zu erteilen. Sie ist aber von Voraussetzungen besonders organisatorischer Art abhängig gemacht worden, über die noch Verhandlungen schweben.

Wiederverhaftung Kutiskers.

w **Berlin, 12. März.** (Tel.) Iwan Kutisker ist heute vormittag wieder verhaftet worden und nach der Charité gebracht. Er steht, wie die B. Z. am Mittag meldet, unter dem Verdacht, daß er beabsichtigt habe, eine Erholungsreise zur Flucht ins Ausland zu benutzen, um auf diese Weise dem Berufungsverfahren zu entgehen.

Aus aller Welt.

Politischer Anschlag in Kowno.

w **Memel, 11. März.** (Tel.) Dem Memeler Dampfboot wird aus Kowno gedrahtet: Heute morgen um 5 Uhr wurde auf die Redaktion und das Druckereigebäude der Lietuvos Zinios des Organs der volkssozialistischen Partei ein Bombenanschlag verübt. Das Druckereigebäude ist vollkommen zerstört. Maschinen und Lagervorrat sind vernichtet. Auch die Redaktion beschädigt. Es waren zwei Explosionen zu hören. Man nimmt an, daß es sich um einen politischen Terrorakt handelt. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

Verhaftung des früheren esthländischen Gesandten in Moskau Birk auf esthländischem Boden.

w **Reval, 10. März.** Der frühere Gesandte Esthlands in Moskau, Birk, der im vergangenen Jahre ohne Ermächtigung seinen Posten verlassen hatte, in den Dienst der Sowjets eingetreten war und in der Iswestija beleidigende Artikel gegen die esthländische Regierung veröffentlicht hatte, kehrte heute freiwillig in Begleitung des Gesandschaftsrat der esthländischen Gesandschaft in Moskau aus Rußland zurück. Nach seiner Ankunft auf esthländischem Boden wurde er von den Behörden für verhaftet erklärt. Birk hatte sich am 4. 3. in der norwegischen Gesandschaft in Moskau eingefunden und um Aufnahme gebeten, da, wie er behauptete, Beamte der Gpu ihn verfolgten. Von dort aus schrieb er an die esthländische Gesandschaft und bat um Schutz. Die Sowjetbehörden erhoben jedoch gegen seine Abreise keinerlei Widerspruch.

Ein deutscher Arbeiter in Ostoberschlesien erschossen.

b **Berlin, 12. März.** Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Ratibor: In Zwonowitz, Kreis Rybnik, wurde dieser Tage der Arbeiter Orda, als er auf der Straße ein deutsches Lied sang, von einem polnischen Zollbeamten nach einer kurzen Auseinandersetzung niedergeschossen. Orda ist inzwischen an den Folgen der Verwundung im Rybniker Krankenhaus gestorben. Die Bevölkerung ist über den Vorfall sehr erregt. Der Täter, der sich auf freiem Fuß befindet, soll bei der polnischen Behörde seine Versetzung beantragt haben.

König Alfons' Zustand bedenklich?

b **Madrid, 12. März.** (Tel.) In der Nacht zu heute ist unter beträchtlichem Fieberanstieg eine wesentliche Verschlechterung im Befinden König Alfons' eingetreten, die zu ernsten Bedenken Anlaß gibt. Allerdings hat der sportlich trainierte Körper des 40jährigen Königs eine große Widerstandskraft, so daß Hoffnung auf seine Genesung immerhin berechtigt bleibt.

Annäherung Jugoslawiens an Italien?

tu **Belgrad, 11. März.** (Tel.) Es verlautet, daß die jugoslawische Regierung sich entschlossen hat, entgegen der bisheriges Absicht die diplomatischen Beziehungen zu Rußland nicht aufzunehmen, hatte zur Voraussetzung, daß Jugoslawien dort eine Rückendeckung für eine antiitalienische Politik finden würde. Als Symptome für die sich jetzt vollziehende Annäherung Jugoslawiens an Italien wird auch die Reise des jugoslawischen Königs nach Bukarest aufgefaßt.

Zur Gefangennahme der Frau Borodin.

w **Schanghai, 10. März.** Der Generalkonsul der Sowjetunion, der am 8. 3. nach Nanking gefahren war, um die Freilassung der Frau Borodin und ihrer russischen Mitreisenden zu erwirken, erklärte, Tschangsunschang habe mitgeteilt, daß die Angelegenheit in Peking geregelt werden würde. Der Generalkonsul fügte hinzu, nachdem die Sowjetfahne an Bord des beschlagnahmten russischen Schiffes, auf dem sich Frau Borodin befand, niedergeholt worden sei, habe man dem Schiffe einen chinesischen Namen gegeben und es mit drei Geschützen bestückt.

Die deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlung.

Die Banca-Generala-Noten.

tu **Belgrad, 11. März.** (Tel.) Wie hier aus sehr zuverlässiger Genfer Quelle verlautet, ist in den Wirtschaftsverhandlungen zwischen Rämänien und Deutschland in den letzten Tagen insofern eine neue Phase eingetreten, als nunmehr unabhängig von den deutschen Industrie-Kreditprojekten mit Rumänien ein direkter Meinungsaustausch über die Frage der Banca-Generala-Noten zwischen dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann und dem Londoner rumänischen Gesandten Titulescu aus Anlaß ihrer augenblicklichen Anwesenheit in Genf stattgefunden hat.

Über den gegenwärtigen Stand der deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen wird von unterrichteter Seite noch folgendes mitgeteilt: Eine normale Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rumänien und Deutschland wird durch die bereits seit fünf Jahren bestehende Auseinandersetzung zwischen der rumänischen und der deutschen Regierung über die Banca-Generala-Noten gestört. Da die rumänische Regierung sich nicht bereiterklärt hat, die Frage entsprechend einem Vorschlage der Reparationskommission durch ein Schiedsgericht zu regeln, wird gegenwärtig angestrebt, mit Hilfe von privaten Finanzkreisen einen Ausgleich zu finden. In der letzten Zeit hat sich nunmehr ein Vorschlag herausgebildet, für den jedoch noch die Genehmigung beider Regierungen aussteht. Dieser Vorschlag geht im großen dahin, daß Rumänien einen Gesamtkredit von 200 Millionen Mk. erhält, die in zehn Jahresraten zurückgezahlt werden sollen. Dieser Kredit setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. 100 Millionen Mk. werden für Industrie-Lieferungen kreditiert, von denen zwei Drittel auf Eisenbahnlieferungen entfallen. 2. 40 Millionen werden in Form einer direkten Anleihe gewährt, und 3. die an Rumänien in den nächsten drei Jahren zu zahlenden Reparationsleistungen werden in einem Gesamtbetrage von 60 Millionen Mk. sofort zur Verfügung gestellt, so daß hiermit die gesamten Reparationsleistungen in einem Jahre durchgeführt werden. Nach diesem Amortisationsplan wird Rumänien verpflichtet, vom 4. Jahre an je 20 Millionen Mk. zurückzuzahlen. Dieser Gesamtfinanzplan soll von privater Seite durchgeführt werden; jedoch übernimmt die deutsche Regierung hierbei in ähnlicherweise wie bei dem Kreditabkommen mit der Sowjetregierung eine Ausfall-Garantie.

*

Unterzeichnung des türkisch-russischen Handels- und Schiffahrtsvertrages.

w **Angora, 11. März.** Der Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Türkei und Sowjetrußland ist heute unterzeichnet worden.

Die deutsch-französischen Handelsvertrags-Verhandlungen in Paris.



Ministerialdirektor Posse,
der Leiter der Verhandlungen auf deutscher Seite.

Eine amerikanische Ankündigung an Mexiko.

w **Washington, 12. März** (Tel.) Die Regierung der U. S. A. hat dem Präsidenten Calles davon verständigt, daß das Verbot der Waffenausfuhr nach Mexiko am 1. April aufgehoben werden wird, falls die mexikanische Regierung bis dahin dem Verlangen nach einem Schutz der amerikanischen Eigentumsrechte nicht nachgekommen sei. In hiesigen Regierungskreisen wird erklärt, es bestehe nicht die Absicht, die Fehde zum Äußersten kommen zu lassen, falls dem genannten Verlangen genügt werde.

Coolidge über die Mittelamerika-Politik der Vereinigten Staaten.

tu **London, 12. März.** (Tel.) Nach einer Meldung aus Washington erklärte Präsident Coolidge, daß die Anregung des Generals Diaz, die Vereinigten Staaten sollten ein Protektorat über Nicaragua übernehmen, weiter gingen, als die Regierung der Vereinigten Staaten zu gehen wünsche. Die Vereinigten Staaten hätten nicht die Absicht, in den zentralamerikanischen Angelegenheiten zu intervenieren.

Der amerikanische Konsul in Sao Paulo ermordet.

tu **Newyork, 12. März.** (Tel.) Der amerikanischen Konsul in Sao Paulo wurde von einem Amerikaner durch vier Messerstiche ermordet.

Die demokratischen und sozialdemokratischen Abgeordneten, die den Gewerkschaften und Mittelstandskreisen nahe stehen, haben im Reichstag gemeinsam einen Antrag eingebracht, in dem zur Bekämpfung hoher Monopolpreise die sofortige Errichtung eines Kartellamtes zur Beaufsichtigung der Kartelle und Syndikate gefordert wird.

Südtiroler Burgen.

Von Dr. Heinrich Birkenbach.

Südtirol gehört nicht nur zu den landschaftlich schönsten, sondern auch zu den kulturhistorisch interessantesten Gegenden des gesamten deutschen Sprachgebietes. Wie in den Tälern, vor allem im breiten Etschtal schon eine üppige Vegetation herrscht, die einen starken Stich ins Südländische aufweist, während die Berge sich vielfach noch wie die letzten, weitest vorgeschobenen Vorposten des Nordlandes ausnehmen, so fließen hier auch die kulturellen Einflüsse des Nordens und die des Südens ineinander über und verschmelzen zum Teil derart, daß es fast unmöglich ist, in der Mischung das Südliche vom Nördlichen scharf zu unterscheiden. Solche kulturellen Überschneidungsgebiete haben immer ihren eigenen Reiz; der wird um so größer, wenn das Gebiet, um das es sich handelt, auch noch der Schauplatz einer so langen und reichen Geschichte war, wie es mit Südtirol der Fall ist. Von der wechselvollen Vergangenheit dieses Landes, das politisch bis vor 9 Jahren zum Norden, zum römisch-deutschen Reich bzw. zu Oesterreich gehörte, künden vor allem seine zahlreichen Burgen: Südtirol gehört zu den burgenreichsten Gebieten der ganzen Welt! — Wer freilich mit dem Baedeker in der Hand durch die größeren Städte läuft und die von Globetrottern überlaufenen Straßen zieht, dem wird freilich das Wesentliche dieses Landes und der steinernen Zeugen seiner Vergangenheit, die vielfach abseits der großen Heerstraßen liegen, nie aufgehen. Wer aber je nach Südtirol kommt, der sollte es nicht unterlassen, sich vorher den Blick für den eigenartigen Zauber dieses Landes schärfen zu lassen durch ein hübsches kleines Buch von Dr. Josef Weingartner. Der Verfasser des Buches verrät sich nicht nur als feinsinniger Kunstkenner, sondern auch als beschlagener Kenner der tiroler Geschichte, in deren Licht er die Gegenwart zu zeigen weiß. Man lese sich da in seine „Burgenfahrten" hinein. (Dr. Jos. Weingartner, Burgenfahrten. Wanderungen jenseits des Brenners. kl. 8°. 268 S. mit Illustr. Verlagsanstalt Tyrolia, Innsbruck. Mk. 4.40.)

In den verschiedenen Kapiteln des Buches „Im Bande des Vino Santo", „Am Nonsberg", „Ueber Berg und Tal" (Vinschgau), „Zwischen Goldrain und Kastelbell", „Auf der Trostburg", „Die Hochzeit auf Rodenegg" wird der Leser durch alle Gegenden des an Abwechselungen reichen Landes geführt. Langweilig wird es dabei nie: immer und überall weiß der geistvolle und kenntnisreiche Plauderer, der hier den Cicerone macht, etwas Fesselndes zu erzählen. Nichts ist interessanter, als etwa ihm durch den Vinschgau oder das Eisacktal zu folgen; oder mit ihm den Nonsberg abzuwandern, jenes hochinteressante und gottgesegnete rebenreiche Fleckchen Erde, wo es nicht nur mehr Burgen und Edelsitze gibt als sonst irgendwo auf der Welt, sondern wo auch die Zahl der Adligen fast die der Bürgerlichen übertrifft, und sich dann erklären zu lassen, wie so dies historisch wurde. Wer Weingartner auf seinen Burgenfahrten gefolgt ist und überall gesehen hat, wie die Geschichte in die Gegenwart hineinragt, wird sich wieder einmal sagen, an wieviel Schönem, das sich eben nur dem erschließt, der tiefer einzudringen weiß, man meist achtlos und ahnungslos vorbeiläuft.

In einem anderen Buche „Bozner Burgen" (Dr. Jos. Weingartner, Bozner Burgen. Verlagsanstalt Tyrolia, Innsbruck. Gr. 8°. 268 S. mit 61 Tafeln, 30 Textillustr. 8 Mk.), zeigt sich Weingartner als eigentlicher Wissenschaftler, als Burgenforscher. Er weist der historischen Forschung, die sich in dieser überaus wichtigen Materie bislang vielfach allein oder doch so gut wie allein auf Urkunden — eine Quelle, die nur zu oft versagte, vorausgesetzt, daß sie überhaupt vorhanden war — angewiesen sah, hier neue Wege, indem er die Erschließung des Alters der Burgen, überhaupt der Baugeschichte aus dem Bauwerk selbst versucht. Die Burganlage (z. B. Verteilung und Lage der einzelnen Teile zueinander), die Stilformen (z. B. viereckige Zinnen oder Schwalbenschwanzzinnen) und vor allem die Mauertechnik kommen hier in Frage und liefern Anhaltspunkte, auf Grund deren Weingartner in vielen Fällen erstmalige Altersbestimmungen gelingen. Nicht nur für die mittelalterliche Geschichte, sondern auch für alle folgenden Jahrhunderte noch sind die Burgen als Kulturdokumente — in den Umbauten verleiht sich Zeit- und Stilwandel seinen Ausdruck — von unschätzbarem Wert. Man kann dem Verfasser die Freude nachfühlen, die ihm die Beschäftigung mit diesen Burgen bereitet haben muß, die nicht nur vielfach die Schauplätze weilthistorischer Ereignisse waren, sondern die auch, sei es als stimmungsvolle sagenumwobene Ruinen, sei es als noch wohlerhaltene Burgen (auch deren gibt es, gerade in Tirol, noch eine ganze Menge), sowohl an sich wie im Rahmen jener wunderbarer Landschaften, von hoher Schönheit sind und das Auge eines jeden, der für Schönheit und Stimmung nicht blind ist, erfreuen. Man schaue sich etwa die Bilder an von Greifenstein und Hocheppan, von der Haderburg, von Festenstein und Ravenstein, von Maretsch und Reinegg, von Boymont, Neuhaus und Runkelstein, um nur einige wenige, sich besonders einprägende zu nennen.

Die Ohrfeige.

Eine interessante Abhandlung, in der von der Ohrfeige die Rede ist, findet sich in Nr. 114 des „B. T.". In Form einer Umfrage bei den verschiedensten Fachleuten wird die Ohrfeige vom pädagogischen, ärztlichen, juristischen und kulturgeschichtlichen Standpunkt aus beha delt. Dr. Maria Montessori schreibt über die Ohrfeige „als pädagogische Gefahr". Die Dame, eine Italienerin, drückt zunächst ihr Erstaunen darüber aus, daß es in Deutschland überhaupt so etwas wie eine Ohrfeige gebe. „In Italien ist die Ohrfeige unbekannt. Eine Ohrfeige auf der Straße würde einen Auflauf zur Folge haben, als wenn ein Straßenbahnunglück geschehen wäre. Eine Ohrfeige in der Schule würde, selbst wenn der Lehrer in einem Augenblick der Ungeduld gehandelt hätte, dessen sofortige Entlassung bedeuten." Von allen körperlichen Züchtigungen sei die Ohrfeige die schlimmste. Sie „ist eine Kulturschande, die bekämpft werden muß".

Professor Dr. C. von Eicken, der Direktor der Hals-, Nasen- und Ohrenklinik der Charitee läßt sich über die Ohrfeige „vom ärztlichen Standpunkt" aus. Wenn auch eine Ohrfeige in der Mehrzahl der Fälle keine direkte körperliche Schädigung zur Folge habe, so könne doch mitunter die Gesundheit durch sie aufs schlimmste gefährdet werden. Durch die Kompression der Luft im Gehörgange könne das zarte Trommelfell einreißen und in schweren Fällen völlige Taubheit verursacht werden. Auch gefährliche Schädigungen des inneren Ohres können durch eine Ohrfeige eintreten. Darum müsse aus ärztlichen Gründen dringend vor der Ohrfeige gewarnt werden.

Die Ohrfeige „als juristischer Gegenstand" ist nicht ganz frei von vieldeutiger Problematik. Sie kann straflos geschehen, oder auch zu schwersten Strafen führen. Aus den Fällen, die Rechtsanwalt Dr. Max Alsberg anführt, erwähnen wir, daß eine Ohrfeige schwere Körperverletzung zur Folge haben kann und in solchem Falle mit Mindeststrafen bis zu einem Jahre gerügt wird. Ob die Verletzung gewollt war oder nicht, bleibt sich dabei gleich. Eine wichtige Rolle spielen Ohrfeigen oft bei Ehescheidungen, wo sie als körperliche Mißhandlungen angesehen werden können. Im übrigen kommt es auf den einzelnen Fall an, welche juristische Folgen eine Ohrfeige nach sich zieht.

Als letzterer plaudert Eberhard Buchner über die Rolle der Ohrfeige „in der Kulturgeschichte". Im Jahre 1716 verabfolgte der Landrentmeister Kraud dem Rat Schardio in Magdeburg eine Maulschelle (so nannte man damals die Ohrfeige). Die Folge war: Kraud mußte knieend vor Schardio Abbitte tun, zudem sich von ihm eine Maulschelle geben lassen und außerdem für drei Jahre auf die Festung Spandau. Als einzige Gnade wurde ihm anheimgestellt, für jedes Jahr Festung 1000 Rthlr. zu zahlen. — Sehr oft gaben Ohrfeigen den Anlaß zu Duellen. An den Höfen der Fürsten hatte die Ohrfeigenpraxis große Liebhaber. Die meisten Ohrfeigen sind wohl in Rußland ausgegeben worden. Am preußischen Hofe war es besonders der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm der Erste, der reichlich von seinen Händen Gebrauch machte. Wie er beispielsweise seinen gelehrten Hofnarren, den Hofrat Gundling behandelte, geht auf keine Löwenhaut. Gundling blieb schließlich nichts anderes übrig als zu gehen. Da aber der König seinen Gundling wieder haben wollte, schrieb er ihm ausdrücklich, „daß Nasen und Maulschellen für das Künftige abgestellt und er nach Meriten jederzeit traktiert werden sollte." F. R.

[Naturschutztag 1927 in Kassel.] Mit dem Zweiten Deutschen Naturschutztage, der vom 1.—3. August d. Js. in Kassel stattfindet, soll nach den Beschlüssen des Deutschen Ausschusses für Naturschutz eine Ausstellung verbunden werden, die das Thema „Naturschutz und Schule" behandelt. Die Anmeldungen für die Beschickung der Ausstellung müssen bis spätestens 1. Mai d. Js. an die Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen, Berlin-Schöneberg, Grunewaldstraße 6/7, gerichtet werden.

[Ein unbekannter Tizian aufgefunden.] Vor einigen Tagen konnte man von dem sensationellen Fund eines unbekannten Raffaels durch einen Wiener Antiquar lesen, der dieses Bild für die Summe von 250 000 Dollar nach Amerika verkauft hat. Dasselbe Haus steht nun in Unterhandlungen mit amerikanischen Käufern für den Verkauf eines unbekannten Tizians. Das Bild stellt eine Jungfrau dar, die ein Buch liest, und zu ihren Füßen das Jesuskindlein. Das Bild ist 1540 von Tizian gemalt, noch vor seiner „Jungfrau mit den Kirschen". Die Wiener Galerie hat das Bild bei einem Trödler in London gekauft. Das Bild von Tizian wurde unter altem Trödelkram entdeckt und soll glänzend erhalten sein.

Von jeher sind die Cigarettenmischungen der Reemtsma A.-G. in Deutschland bahnbrechend in Qualität und Gehalt gewesen. Heute gehen wir wieder einen Schritt weiter. Mischung und Format der Ova sind beispiellos.

REEMTSMA A.-G.
Fabriken für hochwertige Orientcigaretten
ALTONA-BAHRENFELD

im Trabert-Format

CIGARETTEN
REEMTSMA
OVA



5 Pf.

Frühjahrs-Angebote

Wir beweisen gleich zu Beginn der neuen Saison unsere außergewöhnliche Leistungsfähigkeit!



Neue Jacquardstoffe apart abgetönte Muster . Meter 1.95
Crêpe Royal neue Farben reine Wolle, herrliche Qual., m 6.75 5.90
Composé die große Mode uni mit pass. Karo Meter 4.90 2.95
Kasha kariert u einfarb., 130 br., reine Wolle, sehr mod., m 6.75 6.25
Façonné-Kleiderstoffe in sich gemust., neueste Farben m 4.50
Charmelaine der eleg. Modestoff, 130 cm breit . Meter 8.90
Neue Wollpopeline in d. neuen Frühlingsfarben, m 3.60 2.25
Jerseystoffe herrliche Phantasieneuheit . Meter 12.50 9.50
Kleider-Wollrips neuestes Farbsortiment, Ia Qual., m 6.50 4.90
Neue Wollmusseline entzückende Frühjahrsmuster, m 2.95

K'Seiden-Façonné Ton in Ton gemustert, entzückende Farben . Meter 95.
Crêpe de Chine reine Seide, alle modernen Unifarben . . . . . Meter 5.90
Wasch-Seidenstoffe entzückende neue Frühjahrsmuster . . . . . Meter 1.95 1.45
Bedruckte Crêpe de Chine sehr aparte Muster Meter 9.75 5.90 4.90 3.90
Gemusterte Foulard-Seide letzte Neuheit, entzückende Muster, vornehme Dessins Meter 8.90
Bedruckte Rohseide letzte Neuheiten in großer Auswahl . . . . . Meter 2.95

Spezialhaus für feine Textil- und Modewaren

J. Lapp & Co

Besichtigen Sie unsere Ausstellung: „Die neuen Frühjahrsmoden"

Coryfin-Bonbons

(Antipyretisch-schmerzstillendes Hustenheilmittel)

Ein
Qualitätsprodukt
von ganz besonderer Eigenart.

Seit Jahrzehnten hervorragend bewährt bei:
Husten, Katarrh, Heiserkeit, Verschleimung, stimmlichen Störungen



Verlangen Sie aber ausdrücklich Coryfin-Bonbons in Originalpackung „Bayer". In Apotheken und Drogerien erhältlich.

Maßarbeit

ist doch das Beste

Warum?

Maßarbeit garantiert beste Paßform und wirkt deshalb stets persönlich und vornehm
Maßarbeit gestattet die Befriedigung aller Sonderwünsche
Maßarbeit verwendet nur beste Stoffe und Zutaten
Maßarbeit ist Qualitätsarbeit und daher unbedingt preiswert

Die
Färberei u. chemische Reinigungsanstalt
Carl Kettelhack



gegr. 1898

Münster i. W. Clemensstrasse — **Rheine i. W.** Hügel

empfiehlt sich für
Reinigung u. Färbung einfacher u. aparter Garderobe. Dekorationen usw.
Spezialität: Reinigung und Färbung eleganter Gesellschaftskleider.
Anfertigung von Hohlsaum, Festons, Knopflöchern, Stoffknöpfen.
Anfertigung jeder gewünschten Plisseeart.
Wäscherei und Spannerei von Gardinen und Spitzen.
Feinste Arbeit! Billigste Preise! Schnellste Lieferung! f643xr

---



Zoo

Sonntag, den 13 März 1927
nachmittags von 3½ bis 6¼ Uhr
Kaffee-Konzert
(Streichmusik) f1191e
— Kein Preiszuschlag —
Das Spielen und Lärmen der Kinder im Saale ist **nicht** gestattet

Abends 7½ Uhr
Blomenkamps
A. Z. G.
Karten, soweit vorrätig, an der Kasse des Zoo.

Teppiche Vorlagen Läuferstoffe

gut und preiswert

bei

Theopold

Altbewährtes Spezialgeschäft
Gegründet 1875
Ludgeri-Straße 86,
gegenüber der Ludgerikirche
f1172g

Gebrauchtes Klavier
zu mieten gesucht.
Offerten erbeten unt. L. L 1723 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Vertreter! „Hahnelyn-Gas"
apparatlose Vergasung gegen Ungeziefer, dauernder Massen-Bedarfsartikel. Hohe Prov. In Drogerien und einschl. Gesch. eingef. Herren allerorts gesucht. r9755
J. Hahnel, Chem. Abtlg., Leipzig E. 3.

Existenz!

Bedeutende, konzernfreie ältere Margarine-Pflanzenbutter-, Schmalz- und Fett-Werke suchen für den Platz Münster ev. mit Umgebung einen durchaus zuverlässigen, mit der Branche vertrauten und bei der in Frage kommenden Kundschaft gut bekannten Vertreter. Lagerhaltung erwünscht. Weitgehendste Unterstützung wird zugesichert. Geliefert wird in allen Preislagen nur das Allerfeinste.
Beste Gelegenheit für Herren aus der Kolonialwarenbranche oder Vertreter, die sich verändern möchten. r9823r
Gefl. ausführliche Offerten unter **Nr. 413** an die Ann.-Exp. **M. Lückertz**, Ludgeristraße 12.

Epilepsie
Nervenleiden jeder Art — seel. Leiden
Magen- und Lungenleiden
Hautausschlag, off. Beine, Wassersucht, Gicht, Rheumatismus, Ischias, Adernverkalkung, Blasenl., Stuhlverstopfung, sowie sämtliche Krankheiten behandelt mit besten Erfolgen
Fr. Schröder vom Heilinstitut Schröder Bielefeld.
Bundesleitung der Kräuterbünde für Westfalen.
In Münster jeden Dienstag von 3—6 Uhr, Wermelingstraße 4 p. f903x1
Augendiagnose. Urin mitbringen.

Die weite Verbreitung des „Münst. Anzeigers"
verbunden mit einem kaufkräftigen Leserkreis
sichern den Ankündigungen guten Erfolg

Gicht, Ischias, Rheuma
werden mit Erfolg behandelt, Schmerzen beseitigt.
Massagen (Hand, Vibration, Elektrisch)
Nervenmassage gegen Kopfnerven, nervöse Magenstörungen, Rückenschmerzen u. andere Krankheiten von Nerven herrührend.
Beratungen kostenlos.
Behandlung auch aus dem Hause
Licht, Höhensonne, elektrische Ströme.
Institut Salus
Münster, Ludgeristraße 97, 1. Etage neue am Prinzipalmarkt.

Kaffeehaus Demmer
Sonntag, den 13. März 1927
Großes Kaffee-Konzert
Eintritt frei! Eintritt frei!

Landwirte – Züchter
bestellt sofort
Bruteier und Küken
aus meiner Spezialzucht Edelrassiger weiß amerik. Leghorn.
Leghornhof-Niehaus
Bestellungen bei Hellmann, Nienberge.

Wir suchen für eine vollkommen selbständige
Anfertigung
zielbew. Herrn mit Org.-Talent und mind. 600 bis 1000 RMk in bar für Auslieferungslager.
Monatseinkommen ca. RM. 800.— nachweisbar u. mehr. Wohnsitz gleich. Räume und Branchek. nicht erforderlich. Angebote an: r9872 **Theba G. m. b. H., Leipzig-R. C. 1.**

Ein erfahrener praktischer
Arzt

gesucht für eine größere Gemeinde des Münsterlandes. h3841)n
Off. unter O. O. 5168 an die Geschäftsst.



Bettfedern, Daunen und Bettstoffe

Gr. Federn	2.50	1.50	1.00	**0.75**	
Gr. Halbdaunen	7.50	6.50	5.50	4.50	**3.50**
Weiß. Halbdaunen	12.—	10.—	9.25	8.—	**6.00**
Ia. Daunen gr. u. wß.	22.—	18.—	16.50	14.50	12.50	8.50	**7.50**

Inlett, gar. türk. rot u. federdicht

80 cm	4.50	3.50	2.50	2.—	1.75	**1.10**			
130 cm	9.50	9.—	8.50	7.25	6.50	5.50	4.50	3.25	2.65	**1.75**
160 cm	10.50	9.50	8.50	7.25	6.50	5.50	4.00	3.50	**2.10**

kaufen Sie in meinem Bettenspezialhaus doch am besten
r9831fi

Betten-Troche,

Münster i. W. Das größte Spezialhaus für beste Betten **Münster i. W.**

Für die
Kommunion Konfirmation

Blauer Konfirmations-Anzug
prima Cheviot, Melton und Kammgarn
zweireihige Form, lange u. kurze Hose
48.— 39.— 32.— 27.— **19.50**

Kommunion-Anzug
zweireihige Form, gute Qualitäten
ganz gefütterte Hose
36.— 29.— 24.— 19.— **14.50**

Original Kieler-Anzüge
gute Tuchstoffe, Armstickerei
doppelt. Kragen u. ganz gefütt. Hose
39.— 34.— 29.— 24.—
17.50

M. Lesser

Münster i. W., Salzstraße